

Information gemäß Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung für die Kasse -allgemeiner Zahlungsverkehr-

Vorbemerkung

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte im Rahmen des allgemeinen Zahlungsverkehrs gemäß den Anforderungen der DS-GVO.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Verbandsgemeinde Vordereifel
Kelberger Straße 26
56727 Mayen
Tel.: 02651/8009-0
E-Mail: verbandsgemeinde@vordereifel.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Datenschutzbeauftragter der Verbandsgemeinde Vordereifel
Yannick Faßhauer
Kelberger Straße 26
56727 Mayen
Tel.: 02651/8009-47
E-Mail: datenschutz@vordereifel.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ihre Daten werden zum Zweck der Abwicklung des allgemeinen Zahlungsverkehrs von uns erhoben und bei Zahlungsanforderungen sowie im Zuge von Rechnungsstellung und -bearbeitung und im Beschaffungsprozess verarbeitet.

Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 DS-GVO, LDSG i. V. m. den Vorschriften der Gemeindeordnung, der Gemeindehaushaltsverordnung, der Abgabenordnung, dem Verwaltungsverfahrensgesetz, dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz, dem Verwaltungszustellungsgesetz und der Zivilprozessordnung.

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden innerhalb der Verbandsgemeinde Vordereifel nur an die Stellen weitergegeben, die bei der Bearbeitung der oben genannten Aufgaben zwingend zu befassen sind.

Diese sind hauptsächlich:

- Bankinstitute
- Gerichte
- Insolvenz- bzw. Zwangsverwalter

- Gerichtsvollzieher
- Öffentliche Vollstreckungsbehörden

Ihre personenbezogenen Daten werden in kein Drittland übermittelt.

5. Dauer der Speicherung

Die Daten werden zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen nach der Abgabenordnung bzw. der Gemeindehaushaltsverordnung gespeichert. Die dort vorgegebenen Fristen betragen größtenteils bis zu 10 Jahre.

Die personenbezogenen Daten werden darüber hinaus, soweit dies erforderlich ist, auch aufgrund der gesetzlichen Verjährungsfristen nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz und dem Bürgerlichen Gesetzbuch bis zu 30 Jahre gespeichert.

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

7. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:

**Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Rheinland-Pfalz**

**Prof. Dr. Dieter Kugelmann
Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz
Tel. 06131/208-2449**

**Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de/>
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de**

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.